

Anzeigenpreis: Die siebengeschaltene Nonpareillese 40 Pf., Ausland 50 Pf.
Die viergeschaltene Reklame-Beitzeile 2 M.
Für Plakatvorlagen Sondertarif.

Lodzer

Bezugspreis: Die Zeitung erscheint täglich morgens, Montags mittags, und kostet in Lodz und Umgebung wöchentlich 1.25 M., monatlich 5 M.

Freie Presse

Nr. 7

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Petrikauer Straße Nr. 86 (Haus Petersilge).

2. Jahrgang

Vor dem Friedenskongress.

Wilson ist am 7. Januar, also gestern, wieder nach Paris zurückgekehrt. Die Blätter veröffentlichen Nachrichten, wonach Wilson jetzt bereit sei, das von Lloyd George in seiner Wahlrede verkündete Friedensprogramm zu unterstützen. Lloyd George seinerseits habe das Wilsonsche Programm für den Völkerbund angenommen, der auf einem besonderen internationalen Kongress verwirklicht werden soll. Havas verbreitet folgende Meldung: Nach seiner Rückkehr aus Italien wird Wilson eine Reihe von Konferenzen mit den Alliierten haben. In diesen Befragungen soll das Programm der Friedenskonferenz und der Alliierten festgelegt werden. Die Konferenzen werden in der zweiten Hälfte des Januar stattfinden. Selbst wenn die Alliierten über alle Punkte einig sind, wie behauptet wird, so kann der Friede doch erst an dem Tage unterzeichnet werden, an dem Deutschland die innere Ordnung wiederhergestellt haben wird.

Auch Clemenceau ist am 7. Januar nach Paris zurückgekehrt. Die Blätter nehmen an, daß bis dahin sämtliche Vertreter der alliierten Mächte für die Friedenskonferenz in Paris anwesend sein werden und daß Clemenceau noch vor der Rückkehr Wilsons Vorbesprechungen mit den Delegierten haben wird. Eine Havasnote meldet: "Die Arbeiten des Friedenskongresses werden unter verschiedene Kommissionen verteilt, die dem Kongress über jede Frage einen Bericht erstatten werden. Die Kommissionen werden in Paris tagen, während die Vollversammlungen des Kongresses in Versailles stattfinden. Es werden Kommissionen eingesetzt für die deutschen Angelegenheiten, für Österreich-Ungarn, für die Balkanfragen, für Kleinasien, für das russische und polnische Problem. In der Kommission für den Völkerbund wird Leon Bourgeois Frankreich und Lord Robert Cecil England vertreten. Die Frage der Zulassung der feindlichen Delegierten zu den Verhandlungen ist bisher nicht erwogen worden. Die Friedensbedingungen werden von den Alliierten beraten und festgestellt werden; man wird hierauf Deutschland und seine Verbündeten auffordern, sie anzunehmen. Die Beratung über den Vorfriedensvertrag wird von Ende nächster Woche an den Gegenstand der Kongreßarbeiten bilden. Erst wenn der Vorfriedensvertrag unterzeichnet ist, werden die Verhandlungen für den endgültigen Frieden beginnen.

Meinungsstreit zwischen Wilson und Clemenceau?

Aus Washington wird gemeldet: Mehrere Blätter beunruhigen sich über die Haltung, die Frankreich und Italien Wilsons Pläne gegenüber über einen gerechten Frieden einnehmen. "New-York Tribune" schreibt: Clemenceau hat verlangt, daß Frankreich an erster Stelle Bündschäften erhalten soll, und wünscht, daß dabei alles andere zurückgestellt werde. Auch in Italien sind mehrere Minister zurückgetreten, von denen bekannt war, daß sie eine Wilderung der italienischen Ansprüche auf die Gebiete am Adriatischen Meer befürworteten. Dies alles beweist, daß die Stimmung nicht so ist, wie Wilson sie gerne sehen würde. Wir hoffen, daß es Wilson gelingen wird, Italien und auch Frankreich für seine Ansichten zu gewinnen. Schließlich ist Amerika für die ganze Menschheit, Frankreich und Italien nur für die eigene bedroht. Existiert in dem Krieg gegangen. Aber im großen und ganzen haben wir doch alle gemeinschaftlich für eine bessere und sichere Welt gekämpft."

Das Blatt "Evening Star" behandelt ebenfalls den Meinungsstreit zwischen Wilson und Clemenceau über das Machtgleichgewicht. Das Blatt meint, daß dieser Konflikt mehr scheinbar, als tatsächlich sei. Clemenceau hat behauptet, daß, wenn im Jahre 1914 ein Bündnis zwischen Amerika, Italien, Frankreich und England bestanden hätte, es nicht zu einem Krieg gekommen wäre, daß vielmehr dieser Bündnis bereits zur Sicherung des Weltfriedens genügt hätte. Ein allgemeiner Völkerbund sei daher nicht so unbedingt notwendig.

Das Blatt "Los Angeles Express" sagt: "Wenn jetzt der Völkerbund nicht zustande kommt, kann lediglich ein balkanisiertes Europa das Ergebnis der heutigen Zustände sein. Die kleinen Nationen, die auf dem Gebiete der Zentralmächte entstanden sind, werden eine bleibende Gefahr für den Weltfrieden bilden, wenn es keine unabhängige moralische Kraft für die Aufrechterhaltung der Weltordnung gibt. Diese moralische Kraft kann nur der Völkerbund sein. Offenbar bekehrt man sich in Amerika allmählich immer mehr zu dem Gedanken des Völkerbundes." Das Blatt "Evening Post", das offen Wilsons Gedanken vertritt, schreibt: "Clemenceau wird es nicht unternehmen, sich gegen den Völkerbund aufzulehnen, denn er weiß, daß nicht nur England und Amerika dafür sind, sondern daß auch der Papst in seiner Neujahrsbotschaft an das amerikanische Volk sich für den Völkerbund erklärt hat. Die Opposition Amerikas wird allmählich schwächer, und sogar die widersprüchigen Senatoren Knob und Lodge bereiten ihren strategischen Rückzug vor."

Präsident Wilson hatte vor seiner Abreise von Paris noch eine lange Unterredung mit Oberst House, der ihm Bericht über eine Unterredung mit Balfour erstattete, mit dem er die Organisation der Friedenskonferenz besprochen hatte. Als Ergebnis der Unterredung ist zu verzeichnen, daß ein schwerer Gegensatz zwischen den Entente-mächten und den Vereinigten Staaten nicht vorauszusehen ist. Es kann ferner die Schlussfolgerung gezogen werden, daß alle bestehenden Meinungsverschiedenheiten mit Leichtigkeit aus der Welt geschafft werden können."

Ein Weihnachtsgruß englischer Friedensfreunde an das deutsche Volk.

Eine Reihe im geistigen Leben Englands hervorragender Männer und Frauen, unter ihnen Schriftsteller wie Bernard Shaw, Israel Zangwill und Jerome K. Jerome, Geistliche wie Clifford, Hinton, Gelehrte wie Hobhouse, Hobson, Juristen wie Permoore, Richter MacCormac, Arbeiterführer wie Robert Smillie haben an das deutsche Volk folgenden, vom Reuterbureau nicht verbreiteten Weihnachtsgruß gerichtet: "In dieser Weihnachtszeit senden wir, britische Männer und Frauen, euch eine Botschaft der Hoffnung und freundlicher Gesinnung. Der Krieg ist tatsächlich zu Ende, aber noch bleibt eine neue Welt des Friedens und der Freiheit zu gründen. Eine neue Ära liegt vor uns und ihre Gestaltung wird die gemeinsame Aufgabe der ganzen Menschheit sein. Es ist unsere ernsthafte Hoffnung, mit den anderen Nationen im geistigen Lichte der Zukunft vorwärts zu schreiten in Frieden und Freundschaft, und jede nach Kräften an der gemeinsamen Aufgabe mitwirkt. Zwietracht in Harmonie zu verwandeln, damit die alten Nebel verschwinden und eine wahre Gemeinschaft der Nationen verwirklicht werde."

Europa bittet um Lebensmittel.

Wie aus New-York gemeldet wird, erhält die Regierung vom amerikanischen Staatssekretär für das Verpflegungswesen zwei Kabeltelegramme aus Europa, in denen die Absendung beträchtlicher Mengen Lebensmittel für das hungernde Europa verlangt wird. Hoover sagt in seiner Mitteilung unter anderem: "Europa benötigt sofort so viel Schweinefleisch, als wie nur immer vor dem 1. Juli exportiert werden kann. Es ist unmöglich, die Wichtigkeit unserer Aufgabe vor Ablauf eines Monats voll und ganz erfassen zu können."

Aus Paris wird gemeldet: "Homme Libre" schreibt zur Frage der Lebensmittelversorgung Deutschlands: "Die Lage sei weniger ernst, als man gewöhnlich annimmt. Die Deutschen werden jedoch für die Sicherstellung ihrer Ernte die Hilfe der Alliierten brauchen. Das Blatt schlägt weiter vor, der Verproviantierungen einen internationalen Charakter zu geben. Da Deutschland keine genügenden Geldmittel zur Bezahlung der Lieferungen habe, müsse man ihm einen Kredit einräumen, der in irgendeiner Weise sicherzustellen sei. Ebenso müßten Maßnahmen

dagegen getroffen werden, daß etwaige Haushälter nicht von einem Alliierten allein für sich in Anspruch genommen würden. Zweitens müsse die Versorgung auf Grund einer deutschen Gegenleistung stattfinden und drittens müßten bei der Verproviantierung diejenigen bevorzugt werden, die die Waffenstillstandsbedingungen am besten erfüllen."

Die Lage in der Provinz Posen.

Das Wolffbüro berichtet über eine in Posen stattgefundenen Informationskonferenz, an der Minister Ernst und Unterstaatssekretär Goehre teilnahmen. Auch die Verhältnisse im Kreise Bromberg erfordern eine längere Beratung.

An diesen Konferenzen, die am 4. Januar stattfanden, beteiligten sich auch gewisse polnische Vertreter mit Korfanty an der Spitze. Es wurden die militärischen und politischen Verhältnisse im Bezirk besprochen, wobei die Polen ihre Forderungen formulierten. Die Forderungen der Polen werden dem militärischen Kommando und der Staatsregierung unterbreitet werden.

Im Gegenzug zu einer anderslautenden Nachricht bemerkt das Wolffbüro: es muß unterscheiden werden, daß bezüglich des Bromberger Kreises noch keinerlei Beichluftfahungen und Entscheidungen getroffen wurden. Über die militärische Frage soll die Beratung auf der Konferenz weiter gehen, die in allernächster Zeit in Posen stattfinden wird. Man hat sich aber jetzt darüber verständigt, daß die Polen den militärischen Vormarsch aufzuhalten und sofort den Bahnhof in Nakel räumen werden. Diesen Bahnhof wird eine Divisionsabteilung aus Bromberg besetzen. Die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in der Stadt Nakel soll der sich dort schon bildenden Bürgerwache übertragen werden. Das Wolffbüro meldet ferner, daß das deutsche Militär in Bromberg die polnischen Truppen aus Subin und Mroczyń vertrieb, wodurch Polen viele Gewehre abgenommen wurden. Die Verluste der Bromberger Abteilung sind unbedeutend.

Posen, 6. Januar. (P. A. T.)

Das Wolffbüro meldet: Heute früh besetzten polnische Soldaten die Flugstation in Lamowice bei Posen. Sie erstritten die Station, nachdem sie in einer Zahl von 2000 Mann mit 12 Geschützen und 40 Maschinengewehren angekommen waren. Es kam zu einem gewaltigen Feuerkampf. Auf beiden Seiten gibt es Tote und Verwundete. Die 100 Mann zählende Besatzung der Station wurde gefangen genommen und soll morgen nach Posen abtransportiert werden. Der ganze Flugpark und die Vorräte gerieten in polnische Hände. Der Magistrat von Posen gibt bekannt, daß der Bahnhof in Nakel und dem Gebiete der Eisenbahndirektion Posen eingestellt worden ist. Infolgedessen ist auch die Kohlenzufuhr abgeschnitten. Das Gaswerk gibt nur von 5 bis 10 Uhr abends Licht ab. Die elektrische Straßenbahn hat den Betrieb eingestellt, desgleichen ist der Zugverkehr nach Berlin unterbrochen.

Berlin, 5. Januar.

Das Wolffbüro meldet aus HohenSalza, daß die Polen das Rathaus eingenommen und das Polizeigebäude besetzt haben. Die Einnahme der Stadt durch die Polen soll nach der Meinung des Wolffbüros schon nach den erfolglosen Verhandlungen zwischen Vertretern Posens, Brombergs und HohenSalzas erfolgt sein.

Warschau, 6. Januar. (P. A. T.)

Ein Radiotelegramm aus Paris meldet: Aus Zürich wird gemeldet, daß die polnischen Wahlbehörden im früheren preußischen Teilstück bekannt geben, daß die polnische Bevölkerung unter keiner Bedingung an den Wahlen für das deutsche Parlament teilnehmen, sondern abgeordnete für den Landtag in Warschau wählen wird.

Verschiebung der Wahlen in Zips und Orawa.

Kraakau, 7. Januar. (P. A. T.)

Die "Gazeta Podhalanska" erfährt, daß der Kommissar der Liquidationskommission für das Bistum Gebiet sich an die Regierung in Warschau mit dem Vorschlag wenden wird, die Wahlen in Zips und Orawa mit Rücksicht darauf zu verschieben, daß in den Nachweisen der von der Wahlordnung umfassenden Ortschaften sich viele Fehler eingeschlichen haben.

Ausnahmezustand in Dombrowa.

Dombrowa, 5. Januar.

Im Dombrowabedien ist mit dem heutigen Tage der Ausnahmezustand eingeführt worden.

Zusammenstöße in Berlin.

Die Berliner "Deutsche Tageszeitung" erfährt, daß Radetz, der plötzlich wieder in Berlin an die Öffentlichkeit getreten ist, Unter den Linden erschienen und dort an die versammelten Massen eine Ansprache gehalten hat. Gegen 8 Uhr nachmittags kam es zu einem Zusammenstoß auf dem Wilhelmplatz. Dabei fielen scharfe Schüsse. Eine Person wurde getötet und 8 verwundet.

Nach Meldung der Nürnberger "Fränkischen Zeitung" aus Berlin sind das Reichstagsggebäude und das Kriegsministerium von den Spartakusleuten besetzt.

Die Polnische Telegraphen-Agentur meldet nach dem Wolffbüro: Nach Schluß der Demonstration in der Wilhelmstraße kam es am 6. Januar nachmittags zu einem ernsten Straßenkampf zwischen Spartakusleuten und Volkssoldaten. Durch dichte Massen der Bevölkerung bahnte sich ein von Spartakusleuten geführter schwer bewaffneter Panzerkraftwagen den Weg. Der Kraftwagen fuhr am Reichstagspalais vor. Die im Palais versammelten Soldaten griffen ihn mit Handgranaten an. Auf Seiten der Spartakusanhänger soll es viele Tote geben, von der Besetzung des Palais ist dagegen nur ein Soldat umgekommen. Einzelheiten fehlen noch. Einsteiger ist Polizeipräsident Eichhorn Herr der Lage. Der Kriegsrat der Volksbeauftragten hat beschlossen, alle zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden, um den Anschlägen von Seiten der Spartakusgruppe ein Ende zu machen. Zum obersten Führer der Regierungstruppen wurde der Volksbeauftragte Noske ernannt. Die regierungstreuen Truppen werden aus allen Vororten im Lastkraftwagen nach dem Mittelpunkt der Stadt in die Nähe des Kanzlerpalais gebracht. Die Regierung vertrat die Verhandlungen mit der Spartakusgruppe. Die Soldaten der beiden feindlichen Lager stehen sich in den Straßen in einer Entfernung von kaum 100 Metern gegenüber.

Gegen eine deutsche Freiwilligen-Armee.

Die braunschweigische Landesregierung hat auf schärfste gegen die Bildung von Freiwilligenkorps, besonders zum Grenzschutz im Osten, protestiert. Der Braunschweiger Arbeiter- und Soldatenrat erblickt in ihnen nichts anderes als das Werkzeug der Gegenrevolution, die lediglich den Bürgerkrieg herausbeschwört. Demzufolge beschloß der Arbeiter- und Soldatenrat umgehend über die Zielf und den Zweck der freiwilligen Korps im ganzen Lande aufzuklären zu wirken und vor dem Eintritt zu warnen. Jeder der durch Aufzug, Versammlung, Bekanntmachung oder sonstwie zur Bildung und zum Eintritt in die freiwilligen Korps auffordert, sich denselben anzuwerben läßt, wird verhaftet und ist wegen Hochverrates vor Gericht zu stellen. Ferner beschloß der Arbeiter- und Soldatenrat, umgehend an sämtliche Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands herauszutreten und sie zwecks Bekämpfung der freiwilligen Korps, der Gegenrevolution und des Bürgerkrieges zur Solidarität mit dem Braunschweiger Arbeiter- und Soldatenrat und zu denselben radikalen Schriften zu veranlassen. Außerdem wird gleichzeitig in der Republik Braunschweig sämtlichen Zeitungen die Veröffentlichung von Bekannt-

machungen oder redaktionellen Artikeln, die vom Kriegsministerium, von einem Generalkommando, oder sonstigen auswärtigen Militärbehörden heraußen verboten. Erlässe, Bekanntmachungen, usw., die von einer nicht braunschweigischen Militärfeste kommen, werden als für Braunschweig ungültig erklärt. Der Braunschweiger A.- und S.-Rat fasste dann noch den Beschluss, das in Braunschweig persönlich bekannte Oberhaupt des freiwilligen Schützenregiments, Major v. Moldenhauer und sämtliche Werbeoffiziere wegen Hochverrats zu verhaften und bestrafen zu lassen.

Außerdem beschloß der A.- und S.-Rat auf Antrag des Präsidenten mit allen gegen eine Stimme aus parteipolitischen und menschlichen Gründen die Abschaffung der Todesstrafe.

Ministerkrise in Braunschweig.

Der Arbeiter- und Soldatenrat Braunschweigs hielt dieser Tage eine außerordentlich stürmische Sitzung ab, die mit einer schweren Regierungskrise endete. Zur Beratung und Beschlussfassung stand ein Antrag über die Einberufung des Landtages und eine Denkschrift über ein Arbeits- und Regierungsprogramm, das der Volkskommissar für Inneres und Finanzen ausgearbeitet und einem früheren Beschluss des Arbeiter- und Soldatenrates entsprechend zur Beschlussfassung vorgelegt hatte. Die Ausprache gestaltete sich sehr leidenschaftlich und ließ innerhalb der Versammlung scharfe Gegegnisse und unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten hervortreten, besonders über die Forderung der Denkschrift, daß alle Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates, dessen Beschlüsse als Kundgebung des ganzen Rates betrachtet müssen und diesen nicht entgegenhandeln dürfen und das Mitglieder des A.- und S.-Rates, die gegen Willenskündigungen und Beschlüsse des A.- und S.-Rates die Strafe aufrufen, als Gegnerrevolutionäre zu betrachten und dementsprechend zu behandeln seien. Die Diskussion zeigte eine wahre Flut persönlicher Vorwürfe und Angriffe gegen die Mitglieder des A.- u. S.-Rates, besonders aber gegen die Volkskommissare (Minister). Die revolutionären Volkskommissare, die ausnahmslos der unabhängigen sozialdemokratischen Partei angehören, beklagten sich darüber, daß ihnen aus den eigenen Reihen des A.- u. S.-Rates und der Unabhängigen stark entgegengearbeitet werde, daß ihnen ein längeres Verbleiben im Amt unmöglich sei. Der Konflikt erreichte seinen Höhepunkt, als ein Antrag des Präsidenten mit 24 gegen 20 Stimmen zur Annahme gelangte, wonach nach teilweiser Beratung die ganze Denkschrift als unzweckmäßig abgelehnt und dafür eine neue gemeinsame Denkschrift des Präsidenten und sämtlicher Volkskommissare gefordert wurde. In diesem Antrag erblieben fünf Volkskommissare ein Misstrauensvotum und erklärten sofort gemeinsam ihren Rücktritt mit der weiteren Begründung, die bisherige Wirtschaft gebe nicht weiter, und sie könnten die Verantwortung nicht länger tragen. Der Arbeiter- und Soldatenrat will die Demission der fünf ausgeschiedenen Volkskommissare nicht annehmen, zumal er zurzeit aus seiner Mitte einen geeigneten Ersatz nicht zu stellen vermag.

Deutschlands Kriegskosten.

Wie der „Telegraß“ aus London meldet, hatte ein Sonderkorrespondent der „National News“ in Berlin eine Unterredung mit dem Staatssekretär des Reichswirtschaftsministeriums Dr. Müller. Er erklärte, das ganze Wirtschaftsleben befindet sich augenblicklich in einem chaotischen Zustande. Abgesehen davon, daß ohnehin schon ungenügende Mengen von Lebensmitteln und Rohstoffen für die Versorgung der Bevölkerung vorhanden sind, werden die Schwierigkeiten noch dadurch vergrößert, daß Deutschland so viele Lokomotiven und Eisenbahn-

wagen abliefern muß. „Der Krieg hat Deutschland bis jetzt — ohne die Kosten für Kriegsrenten — 170 bis 180 Milliarden Mark gekostet. Dieser Betrag bildet, wenn man nur die privaten Vermögen in Betracht zieht, das Nationalvermögen von Deutschland. Wenn die Entente eine Schadensvergütung von Hunderten von Milliarden verlangt, dann ist es mit Deutschland absolut aus. Auch unsere Kriegsanleihen müssen bezahlt werden, sonst sind wir ebenfalls zugrunde gerichtet. Wir sind imstande, die Zinsen für die Kriegsanleihen im Betrage von 5 Milliarden Mark pro Jahr zu bezahlen. Die bereits erhöhten Steuern liefern 2 1/2 Milliarden, und die Rüstungseinschränkungen sowie andere Ersparnisse werden uns sicher dazu befähigen. In einigen Tagen wird das ganze deutsche Heer demobilisiert sein. Wir werden durchkommen, wenn man uns nur in Ruhe leben läßt, uns Rohstoffe gibt, unsere Bergbau läßt und uns nicht verhindert, Kunden zu gewinnen. Wir werden der Welt zeigen, daß wir in Zukunft nicht nur für uns selbst, sondern auch für das Wohl und zum Vorteil der ganzen Welt arbeiten wollen.“

Übermäßige Lohnforderungen.

Wir erleben es fast täglich, daß Arbeiter mit Lohnforderungen an ihre Arbeitgeber herantreten, die nicht bewilligt werden können, ohne das Weiterbestehen der Betriebe ernstlich zu gefährden, ja ganz in Frage zu stellen. In Polen ist man von Regierungsstellen diesen übermäßigen Lohnforderungen noch nicht entgegengetreten, in Deutschland ist dies bereits geschehen. Das Wolfsbüro verbreitet hierüber nachstehende amtliche Meldung:

Waren angesichts der langen Dauer des Krieges und der damit verbundenen Verkürzung aller Lebensverhältnisse die Löhne der Arbeiterschaft von Jahr zu Jahr nicht ohne Grund erheblich gestiegen, so haben sie in neuester Zeit auf Drängen der Arbeiter vielerorts eine Höhe erreicht, deren weitere Steigerung nicht mehr mit der herrschenden Tendenz gerechtfertigt werden kann. Zu solchen Löhnen kann ausbringende Arbeit nicht mehr geleistet werden, vielmehr muß das gesamte Wirtschaftsleben zum Erliegen kommen. Dadurch aber würde die Not des schwereprüften Vaterlandes ins Grenzenlose wachsen und ein Elend entstehen, unter dem die Arbeiterschaft selbst am meisten leiden würde. Die preußische Regierung, des Ernstes der Lage sich voll bewußt, hat sich daher veranlaßt gesehen, folgende Verordnung zu erlassen:

Die Lohnbewegung unter der Arbeiterschaft hat in letzter Zeit nach Art und Umfang eine Entwicklung angenommen, die die schwersten Befürchtungen erwecken und weit Gebiete der Gütererzeugung zum Erliegen bringen müssen. Die beklagenswerte, aber unvermeidliche Folge davon kann nur Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend sein. Die Betriebe des Staates unterliegen in dieser Beziehung den gleichen wirtschaftlichen Bedingungen wie die privaten. Weder Bergbau und Eisenbahn noch alle übrigen Staatsbetriebe können es längere Zeit ertragen, daß ihre Ausgaben die Einnahmen übersteigen. Diese Gefahr ist aber bereits in bedrohlichem Maße eingetreten. Es wird deshalb zur gebieterischen Pflicht der Staatsregierung, dem Anwohnen der Lohnausgaben über das Maß des Erträglichen hinaus mit Festigkeit entgegenzutreten. Die Herren Fachminister werden daher erachtet, an sie herantretende Lohnforderungen zwar in voller Würdigung der jeweiligen Bedürfnisse der Arbeiterschaft, aber auch sorgfältig darauf hin zu prüfen, ob nicht durch die Bewilligung der in Frage

kommenden Betrieben Lasten auferlegt werden, die sie nicht ertragen können, ohne zu erliegen, und die somit die gesamte Finanzgebarung des Staates gefährden. In diesem Falle sind die Forderungen zurückzuweisen.

Eine Entschließung von Angestellten.

In einer Versammlung der Angestellten der Baumwoll-, Leinen- und Kleiderstoffbranche wurde folgende Resolution angenommen: „Die Angestellten der Baumwoll-, Leinen- und Kleiderstoffbranche erblicken in der Zwangswirtschaft, überhaupt in jeder Beschränkung des freien Handels eine Schädigung der Wirtschaft und damit erst recht eine Gefährdung ihrer Interessen. Sie glauben, daß der deutsche Handel nur dann den Bedürfnissen unseres Volkes entsprechen wird, wenn Unternehmer und Angestellte in gemeinsamer, freier Arbeit ihre Kraft dem Warenverkehr widmen können. Die Angestellten fordern Anerkennung ihrer Organisation und Regelung ihrer Arbeitsbedingung durch gemeinsame Verhandlung, lehnen jedoch eine überspannte Lohnpolitik, die unser Wirtschaftsleben gleich der Zwangswirtschaft schädigen würde, entschieden ab.“

Gegen den Bolschewismus.

Wie wir bereits kurz meldeten, haben die Alliierten im Hinblick auf die Entwicklung der Lage in Deutschland den deutschen Regierung eine warnende Note gesandt. Der Vertreter des Marschalls Foch hat der Waffenstillstandskommission erklärt, daß falls die bolschewistischen Elemente in Deutschland die Macht in die Hand bekämen, die Alliierten sofort alle Unterhandlungen abbrechen und den vorläufigen Frieden rückgängig machen würden. Eine andere Meldung besagt, die deutschen Politiker sollten sich vergegenwärtigen, daß Berlin besiegt würde, falls die drohende bolschewistische Gefahr nicht ein Ende habe. Die Regierung wird daher sehr energische Maßnahmen gegen den Bolschewismus treffen müssen.“

In einer der letzten Vollzügungen der an den Waffenstillstandsverhandlungen in Spaß beteiligten Mächte hat der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission eine Note verlesen und übergeben die an der Hand eines Befehls der Heeresleitung an Ober-Ost nochmals die Beauftragung zurückweist, daß Deutschland den Bolschewismus beginnst.

Die Frage der Bekämpfung des Bolschewismus im Zusammenhang mit den deutsch-polnischen Beziehungen war in der Vollzügung der Waffenstillstandskommission am 3. d. M. Gegenstand der Verhandlungen. Das Oberkommando der Alliierten teilte mit, die polnische Regierung führe Klage darüber, daß die deutschen Militärbehörden in Litauen und Polen angeblich die Organisation der lokalen Verteidigung gegen die Bolschewisten verhinderten. Hierauf erklärte General v. Winterfeld, es werde der deutschen Obersten Heeresleitung sehr willkommen sein, wenn die Polen sich gegen den Bolschewismus wenden. Doch habe man nach den vorliegenden Nachrichten den Eindruck, daß die Befreiungen der Polen mehr auf andere Ziele gerichtet seien.

Ein deutsches Dementi.

Das Wolfsbüro verbreitet nachstehende Meldung:

„In verschiedenen polnischen Zeitungen ist die Nachricht verbreitet worden, daß die deutsche Gesellschaft in Warschau sich mit bolschewistischen Umtrieben beschäftigt und die Vermittlung zwischen polnischen und russischen Maximalisten übernommen habe. Hierzu

wird amtlich mitgeteilt: Weder der deutsche Gesandte Graf Kressler noch ein anderes Mitglied der Gesellschaft hat unmittelbar oder mittelbar in irgendeiner Form mit den polnischen oder russischen Bolschewisten in Verbindung gestanden. Alle Nachrichten über die Aufdeckung eines von der deutschen Gesellschaft angezettelten maximalistischen Komplotts, über Gelder, die von deutscher Seite hierfür bereitgestellt worden seien, sind vollständig erfunden. Die Regierung erwartet die Veröffentlichung der angeblich in den Besitz der polnischen Regierung gekommenen Beweisstücke.“

Paris, 4. Januar. (P. A. T.).

Aus Helsingfors wird gemeldet, daß das in Finnland zur Entsendung nach Estland gebildete Expeditionskorps aus 10 000 Freiwilligen besteht. Das Schiff mit dem ersten Transport der finnischen Freiwilligen ist am Montag in Revel eingetroffen. Im Hafen wurde er von den Zivil- und Militärbehörden begrüßt. Der estnische Ministerpräsident erklärte bei der Begrüßung der Finnen, daß die Ankunft der finnischen Freiwilligen den Bund der beiden Bundesvölker geheiligt habe.

Neues aus aller Welt.

Demission der mehrheitssozialistischen Minister in Deutschland. Auch die preußischen mehrheitssozialistischen Minister haben dem Zentralrat ihre Mandate zur Verfügung gestellt. Der Zentralrat wird sich „über die Besetzung der preußischen Ministerien schlüssig“ werden, wenn die Berichte über die bisherige Amtsführung eingelaufen sind. Vermischlich hatten auch die mehrheitssozialistischen Mitglieder der Reichsregierung Ebert-Scheidemann und Landsberg nach dem Auscheiden der Unabhängigen ihre Amtserformel dem Zentralrat zur Verfügung gestellt.

Das neue Kabinett Orlando. Die Blätter geben die neue Zusammensetzung des italienischen Kabinetts wieder: Ministerpräsident Orlando, Neuerer Sonnino, Kriegsminister Belpi, Marine del Vono, Schatzminister Nitti, Finanzminister Meda, öffentliche Arbeiten Bonomi, Versorgung Crespi, Transportwesen Vibars, Unterricht Berenini, Justiz Sacchi, Handel- und Industrie Zupelli.

Ukrainische Spione in Galizien. Die „Nowa Reforma“ meldet: Die Militärbehörden stellen fest, daß in Krafau und Westgalizien ukrainische Spione ihr Wesen treiben, die die Bewegungen des Militärs auskundschaften. In Krafau wurde ein Ukrainer aus Przemysl ergriffen, der versucht hatte, sich mit den ukrainischen Kriegsgefangenen zu verständigen.

Das erste ukrainische Konsulat. Der Vizedirektor der Zentralrada, Bahl Orenschuk, ist zum ukrainischen Konsul in München ernannt worden und mit dem Konsulatspersonal bereits eingetroffen. Das Münchener Konsulat, das das erste ukrainische Konsulat in Deutschland ist, wird in den nächsten Tagen seine Tätigkeit aufnehmen.

Offizieraufstand im Gefangenengelager. Im Offiziersgefangenengelager zu Neisse versuchten die Offiziere einen bewaffneten Aufstand, zu dessen Niedergewaltung Militär aufgeboten werden mußte. Auf beiden Seiten hat es Tote und Verwundete gegeben.

Der Eisenbahnarbeiterstreik in Danzig. Sämtliche Arbeiter der Danziger Eisenbahnhauptwerkstätte, etwa 2000 Mann, legten, wie bereits gemeldet, am 3. d. M., die Arbeit nieder, weil die Direktion ihre Forderungen, die gleichen Löhne zu erhalten wie die

Was, was war es gewesen, da droben im Walde?

Freundschaft? Sinnreiz? Liebe? Was? Um Gotteswillen was?

Sie sprang wieder auf. Es mußte etwas geschehen! Dies furchterliche Schweigen mußte gebrochen werden.

Sie konnte es von dem so viel jüngeren Mann auf keine nachträgliche Erklärung ankommen lassen — sie selbst mußte jetzt den Mut des Bekennens haben.

Sie war sich und ihm das Geständnis ihrer Liebe zu ihm schuldig.

Er durfte nicht vielleicht des Glaubens sein, die Stunde droben im Walde sei das erwünschte kleine Abenteuer einer noch schönen, temperamentvollen Frau gewesen,

Diese Stunde, in der aus ihrer entschleierten Seele alle heimlich gewünschten Wünsche, alle sehnsuchtsvollen Träume zu ihm aufgestiegen waren.

Mußte sie ihm nicht schon alles offenbart haben?

Und von ihm wußte sie nichts! Nichts als stummes, heiße Küsse. — — —

Weshalb?

Wieder die glühende Frage! Ach, so kam sie aus der Dual nicht heraus.

Sie setzte sich an den Schreibtisch.

„Mein lieber Freund!“

Wie das da stand! — ! einfach und wahr und sagte doch nichts von allem, was war — — —

Fortsetzung folgt.

„Genieße den Tag!“

Roman von Erika Niedberg.

(25. Fortsetzung.)

Sie standen nebeneinander, Arm in Arm, wie sie von der Pforte ihres Hauses in das Dunkel hineingeschritten waren.

Drunter aus dem Tal blinkten die Lichter zu ihnen heraus. Um sie her war groß und feierlich die Sprache des Walbes.

Nur manchmal kam von der bunten Lichterkette der Bahnstrecke ein helles Pfeifen, triumphierend wie ein Siegerschrei aus eroderter Ferne.

In Helga sprang eine glühende Sehnsucht auf: „Hinaus mit ihm in die Welt!“ — — —

Steiler ward es die Höhe hinan, der Wald lichter — schließlich standen sie vor einem Plateau.

Ginsam, grau und kahl breite es sich aus — — Ein paar Steinhaufen, entwurzelte Bäume lagen umher wie Trümmer nach einem Kampf.

Auf den gespensterhaften Nesten eines einzigen, zerzausten Baumes hockten schwarz und stumm ein paar Krähen.

Schaurig wehte der Wind darüber hin.

Reimer und Helga schritten langsam durch das lange, raschelnde Riedgras. Wie Fesseln legte es sich um ihre Füße, raunte zu ihnen hinauf . . .

Helga blieb plötzlich stehen.

„Mein Gott, das ist ja furchtlich. Dies summe Hineinlaufen in das Dunkel!“

Sie strich mit zitternden Händen über ihre kalten Wangen.

Schauernd blickte sie in die düstere Runde. „Wie ein vergessenes Gräberfeld — — —!“ Er hatte den Arm um sie gelegt, wie zum Schutz. „Sonderbar“, sagte er. „Sobald ich mich in diese Einsamkeit verirre, paßt mich dieselbe Verstellung. Als habe ich einmal vor langer Zeit einen Kampf, eine wilde Schlacht gewütet.“

Dort in der Schlucht die düsteren Baumwipfel, singen sie nicht der kämpfenden wilde Gefänge, ihre Totenflagen auf? Singt sie nicht zur Nacht der Wald dem Einsamen, der Ohren hat zu hören?“

Kalt überließ es sie. Er spürte ihr Zittern, wärmer schloß er sie an sich im wehenden Wind, im Dunkel der Nacht . . .

Und Helga weit geöffnete, klagende Sehnsucht wandte zum ersten Male ihre entfagende, schmerzgekrühte Liebe zu leidenschaftlichem Wunsch.

Und während ihr das Blut durch die Adern zu jagen begann, spürte sie ein Beben in seinen Armen kommen — hörte ihn bekommener atmen — fühlte sich in unwiderstehlicher Umarmung an seine Brust geschlossen . . . Stumm preßte er Kuß auf Kuß auf ihren Mund.

In wirrem, süßem Taumel fühlte sie seine flammernden Arme, seine heißen Lippen.

Mit versagenden Blicken sah sie über sich im Sternenschein sein blaßes, erregtes Gesicht. — — —

„Ihr Schleier glitt zu Boden, ihr Haar umwhte seine Wange — — fester preßten sie seine Arme — — mit letzter Willenskraft machte sie sich frei — — —

Sie hatte sich wieder. In ungeheuer Aufregung erzwang sie Fassung und Ruhe.

Reimer hob ihren Schleier vom Boden und legte ihn um ihre Schultern, dann wandten sie sich zum Gehen.

Er mußte sie stützen, denn es ging ein Wanken durch ihre Gestalt, und der Weg war abschüssig und voll Geröll.

Sie fühlten beide das Beben ihrer Arme, das Klopfen ihres Herzens, das nach einem erlösenden, ausgleichenden Worte schrie.

Aber kein Laut! Wie droben auf der Höhe das summe, heiße Küsse, so jetzt das lärmende Schweigen auf dem Weg zu Tal.

Auf der Pforte ihres Hauses beugte er sich über ihre Hand — — lang und innig war sein Kuß — ein beruhigender, — dankender — ein Freundschaftskuß — !

Und dann verhallte sein Schritt auf der Straße — und sie trat in ihr dunkles, einsames Haus.

Im Atelier machte sie Licht. Verwirrt blickte sie um sich . . . wollte in einen Sessel sinken, denn die Knie bebten ihr schmerhaft — aber all die toten Augen ihrer Gestalten sahen sie fremd und fragend an: wo kommst Du her? Sie ging in das Wohnzimmer — kraftlos sank sie auf dem Divan nieder.

Und aus der Rückeninnerung an den besinnungslosen Moment, dessen Glück sie wie Wellen überflutete, sprangen hundert wehe Fragen

Arbeiter der Reichswerft (also 2,40 Mark pro Stunde) nicht erfüllte. Bewaffnete Streifpolizei drangen auf den Hauptbahnhof Danzig ein und führten nach den benachbarten Stationen, um die völlige Stilllegung des Verkehrs zu erzwingen. Seit 3 Uhr nachmittags ruht der gesamte Personen- und Güterverkehr. Auf dem Danziger Hauptbahnhof sammelten sich im Laufe des Nachmittags Tausende von Menschen an, die die Züge zur Abfahrt bemühen wollten. Es fanden sofort Verhandlungen statt zwischen dem Zugausstecher des A- und S-Rates, dem Betriebsarbeiter und der Direktion Danzig, die gegen 5 Uhr zu dem Ergebnis führten, daß der Zugverkehr sofort wieder aufgenommen werden sollte, während die Arbeiter der Eisenbahnhauptwerkstätte im Streik bleiben sollten. An die Regierung in Berlin wurde ein Telegramm gesandt und gebeten, einen Kommissar nach Danzig zu entsenden. Sollte innerhalb drei Tagen eine Einigung nicht erfolgen, so soll der Verkehrsstreik wieder beginnen. Der Zugverkehr wurde um 7 Uhr abends wieder aufgenommen.

Lofales.

Lodz, den 8. Januar.

Gegen den wirtschaftlichen Terror.

Für gestern nachmittag 5 Uhr war vom Volkskommissar Rzewski eine Beratung der Industriellen und der Vertreter des Arbeiterrats in Sachen des von den Arbeitern angewandten wirtschaftlichen Terrors einberufen. Die Versammlung wurde von dem Volkskommissar eröffnet, der in seiner Ansprache betonte, daß sich die Forderung auf Auszahlung von 250 Mark an die Arbeiter in der letzten Zeit verschärft habe. Auf der einen Seite stehn die ausgehungerten Arbeiter, auf der anderen die ruinirten Fabrikanten, die behaupten, daß durch den Terror die Inbetriebsetzung der Fabriken hinausgeschoben werde. Ferner betonte er, daß viele Fabrikanten die Abfahrt haben, Lodz zu verlassen. Um eine Aufklärung in dieser verwickelten Frage herbeizuführen, hat der Kommissar die Versammlung einberufen.

Es wurde eine Deckschrift der Industriellen gegen die Ausweitung des Terrors seitens der Arbeiter den Fabrikanten gegenüber verlesen. In dieser Frage ergriff der Vertreter des Arbeiterrats Gralak das Wort, der bestätigte, daß am 30. Dezember 1918 beschlossen wurde, daß die Fabrikanten 250 M. an die Arbeiter zu zahlen haben. Herr Bartinski bemerkte, daß der Beschluß des Arbeiterrats erst dann angenommen worden sei, als die Arbeiter die verlangten Unterstützungen bereits erhalten hatten. Es gebe aber Fabrikanten, die nicht imstande seien, dies zu zahlen.

Herr Napierkowski vom Arbeiterrat behauptete, daß die Arbeiter willkürlich aufgetreten seien. Die Ausübung des Terrors hat der Arbeiterrat nicht anempfohlen. Durch Gewährung von Geldunterstützungen wurde der Arbeiter in der Tat demoralisiert, aber man sollte ihm dennoch eine Unterstützung gewilligen. Vor dem Terror könne uns nur die moralische Kraft füllen, vorderhand müssen die Arbeiter sichergestellt sein; sie müssen Arbeit erhalten.

Herr Lipinski behauptete, daß der Beschluß des Arbeiterrats wegen der Auszahlung der Unterstützung erst am 31. Dezember gefallen sei, der Arbeiterrat aber bereits am 21. Dezember Bescheinigungen zum Empfang von Unterstützungen ausgegeben habe.

Die Herren Hirschberg und Bartinski behaupten, daß seitens der Fabrikanten keine Sabotage vorliege. Unterstützungen nahmen auch solche Arbeiter, die Arbeit hatten. Die Fabrikanten streben die Inbetriebsetzung der Fabriken an, was dadurch bewiesen werden könnte, daß sich schon jetzt eine besondere Delegation in Paris befindet, die dahin arbeite, daß von der Koalition Rohmaterialien u. a. geliefert werden und daß sie möglichst bald nach Lodz kommen.

Während der Unterhandlungen trafen Delegierte der Arbeiterräte aus Babiowice und Zgierz ein. Regierungskommissar Rzewski beantragte die Wahl einer Kommission, die aus Vertretern des Arbeiterrats und der Industriellen bestehen soll. Die Kommission hat ein Projekt zu entwerfen, wie die Unterstützungsfrage erledigt werden soll. Ferner steht Kommissar Rzewski auf dem Standpunkt, daß sich das Arbeitssministerium mit der Lösung dieser Frage befassen solle. Auch die anwesenden Industriellen schließen sich diesem Projekt an.

Herr Napierkowski ist ebenfalls der Meinung, daß diese Angelegenheit Vertretern der Regierung zu überweisen sei. In der weiteren Debatte sprachen sich die Vertreter sämtlicher Parteien gegen den Terror aus.

Der Vertreter der Staatspolizei, Herr Brozek, gab bekannt, daß jeder Bürger vor Terror geschützt werden müsse und ungeachtet jeglicher demokratischer Grundsätze werde er gezwungen sein, sich auf die Paragrafen des Strafcode zu stützen.

Volkskommissar Rzewski schloß die Sitzung um 8 Uhr abends, indem er noch mitteilte, daß er das ganze Material der Verhandlung dem

Ministerium des Innern und dem Ministerium für Arbeit und soziale Fürsorge überweisen werde.

Ausstand unserer Zeitungsasträger. Gestern nachmittag traten die Austräger der "Lodzer Freie Presse" in der Gesamtzahl von 17 in den Ausstand. Sie fordern Erhöhung ihres Lohnes für die Zustellung jeder Nummer und Inkasso von 1,05 M. auf 1,60 M. monatlich. Weil wir den Bezugspreis der "Lodzer Freie Presse" nicht wieder erhöhen wollten, mußten wir die Austräger ablehnen. Wir werden uns um Ersatz bemühen und bitten die verehrlichen festen Bezieher unseres Blattes, dieses bis dahin von unserer Geschäftsstelle, Petrikauer Straße 86, selbst abholen zu wollen. Als Ausweis bitten wir die Monatsabonnenten die Quittung mitzubringen. Die Wochenabonnenten werden um Angabe ihrer genauen Adresse ersucht, damit sie durch die neuen Austräger sofort weiter bedient werden können. Der übrige Betrieb der "Lodzer Freie Presse" ist durch den Ausstand vorläufig nicht betroffen.

Wir machen unsere Leser darauf aufmerksam, daß die Austräger nicht berechtigt sind, Abonnementsgelder in Empfang zu nehmen.

Die deutsche Volkspartei hielt in den letzten Tagen eine Reihe öffentlicher Wählerversammlungen ab, u. a. am 5. d. M. in Sulzfeld, wo Herr Gustav Ewald einen Vortrag hielt. Die Versammlung war sehr gut besucht. Am selben Tage sprachen die Herren Fries, Birkler und Schöler in Konstantinow vor einer stark besuchten Versammlung. Am 6. d. M. fanden sodann in Babiowice, in Zgierz, in Adamow und in Aleksandrow Versammlungen statt, welche alle sehr stark besucht waren. In Aleksandrow, wo die Herren Neumann und Ewald sprachen, erwies sich das Lokal als zu klein, sodass die Erschienenen den geöffneten Fenstern dem Vortrage zuhörten. In Babiowice sprachen die Herren Henning, Neumann, Wolff und Birkler. Es mögen 1500 Wähler zugegen gewesen sein. Ein Auschluß zur weiteren Erledigung der Werbearbeit wurde ein gesetzt. In Zgierz sprachen die Herren Beindt, Fiedler und Tollek. Auch hier wurde ein Wahlauschluß gewählt. In allen Versammlungen sprachen sich die Anwesenden für das Programm der deutschen Volkspartei aus und versprachen Möglichkeit für die Wahl der Liste der Partei zu arbeiten.

Kirchen-Gesangverein der St. Kosmogen-Gemeinde. Heute, Mittwoch, um 8 1/2 Uhr abends, findet die übliche Singstunde und hinterher eine wichtige Beratung statt. Es wird deshalb um vollzähliges Erstreben bei den Herren Aktiven Mitglieder dringend gebeten.

Im Deutschen Lehrerverein findet heute um 6 Uhr abends im Vereinslokal in der Petrikauer Straße 243 Gesangsstunde statt. Die Herren Sänger werden um pünktliches und zahlreiches Erstreben gebeten.

Jugendabteilung des Deutschen Ver eins. Man schreibt uns: Heute und jeden Mittwoch finden die Übungen für den Gesang- und den Musikchor statt und zwar übt an diesem Tage der Gesangchor um 8 Uhr abends im 1. Heim, der Musikchor um 7 Uhr abends im 2. Heim. Morgen, Donnerstag, wird im Deutschen Gymnasium der Fortbildungsunterricht wieder aufgenommen, auch die Turnabteilung nimmt an diesem Abend in der Turnhalle ihre Tätigkeit wieder auf. — Das Haustöchterchen ist wie früher an jedem Mittwoch tätig und hält seine Zusammensetzung im 2. Jugendheim um 4 Uhr nachmittags ab. Anmeldungen junger Mädchen werden erbeten. — Am Sonntag, den 12. Januar, spricht Herr Kotodz im 2. Heim um 4 Uhr nachmittags über "Siebenbürgen, Land und Leute". Die Mitglieder der Jugendabteilung werden auf diesen Vortrag in empfehlendem Sinne aufmerksam gemacht.

Um den deutschen evangelischen Schulverband. Wie uns mitgeteilt wird, hat Herr Volkskommissar Rzewski gestern dem Unterrichtsminister ein Telegramm gesandt, in dem er die Meinung der Lodzer Presse über den deutschen evangelischen Landesschulverband mitteilte und um Hinweis über die Möglichkeit des Weiterbestehens dieser Einrichtung bat. Gleichzeitig wies Volkskommissar Rzewski auf die durch diese Frage erregte polnische Öffentlichkeit hin.

Um das Luisen-Lyzeum. Wie uns von amlicher Seite mitgeteilt wird, hat der Lodzer Volkskommissar sich mit der Angelegenheit des Luisen-Lyzeums in der Sienkiewiczstraße beschäftigt. Er stellte fest, daß unter den mehr als zehn Lehrern dieser Schule sich kaum drei hiesige Deutsche befinden, während die übrigen Reichsdeutsche sind. Herr Rzewski hat sich in dieser Angelegenheit mit Warschau in Verbindung gesetzt.

Schulnachrichten. Am Sonnabend fand eine außerordentliche Sitzung des Schulrats der Stadt Lodz statt, die aus Anlaß des am ersten Weihnachtsfeiertage in den Elementarschulen des Vereins "Agudas Ortodoxim" und des Vereins "Tora-Derech-Eretz" stattgefundenen Unterrichts einberufen wurde. Der Schulrat bildete eine

Kommission zur eingehenden Untersuchung dieser Angelegenheit. Die nächste Sitzung des Schulrats findet am Montag, den 18. Januar, statt.

Versammlung von Österreicher und Ungarn. Alle früheren österreichisch-ungarischen Militärschützen in Lodz und Umgebung werden ersucht, heute um 1/2 Uhr abends im Männer-Gesangverein (Petrikauer Straße 243) zu erscheinen, um die schwierige Lage der Arbeitssuchenden zu besprechen. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Ernennungen. Vom Magistrat wurden ernannt: zum Ordinatur für Hautkrankheiten bei den Schulambulanzien Dr. F. Skusiewicz; zum Ordinatur für innere Krankheiten bei denselben Ambulanzien Dr. M. Fischmann; zum Ordinatur für Augenkrankheiten beim 1. städtischen Ambulanzium Dr. Hugo Goldblatt; zum Ordinatur für Kinderkrankheiten beim 1. städtischen Ambulanzium Dr. Stanislaw Chlewoński; zum Arzt der Tubercolin-Station Dr. H. Rüger.

März?

"Winterstürme wichen dem Wonnemonat", ist man in diesen lenzlichen Tagen fast versucht zu sagen. "Witten im kalten Winter," wie's im Ried heißt, herrscht draußen das schönste Frühlingswetter. Schlittschuh und Schlitten liegen vergraben im finstern Winkel und die Eisbahnunternehmer tragen sich mit Selbstmordgedanken. Heute über das kalte Wetter sind unsere Hausfrauen, denen die von Woche zu Woche steigenden Kohlenpreise das Leben verbittert. Die nimmerjatten Deßen brauchen nicht mehr geheizt werden und die Zimmer empfangen die Wärme durch die offenen Fenster von draußen. Die paar Miesen und Finnen, die in Lodz geblieben sind, probieren schon ihre Stimme für das Frühlingskonzert und selbst die ruppigen Spazierlärmern fröhlich, was das Zeng halten will.

Ob's Wetter so bleibt? Lange wohl nicht mehr! Über ein kleines und flinke Schneeflocken werden wieder in frostklarer Luft einen Reigen tanzen und lustige Buben und Mädel im Rinnstein schlüpfen, zum Entzücken ihrer Mütter und Väter, denen die Schuhsohlen ihrer Sprößlinge auch ohne diesen Sport viel zu schnell zerreißen. Den Trost nehmen jedoch unsere mit Kohlen unvergessenen Hausfrauen in die neue Winterzeit mit, daß die Herrschaft des Eisfürsten nicht mehr allzu lange dauern wird und hinter den Bergen schon der Frühling darauf lauert, seine Herrschaft wieder unbestritten ausüben zu können.

Die "Godzina Polski". Herr Volkskommissar Rzewski hat eine Kommission zur Untersuchung der Angelegenheit der ehemaligen "Godzina Polski" gebildet. In die Kommission wurden berufen: von der Presse Herr Alexander Miller, von den sozialen Einrichtungen der Vertreter der Arbeiterkooperativen Herr Ignacy Aniołkowski und als Vertreter des Kommissariats der Chef der Presseabteilung Herr Bolesław Janowski. Nach Beendigung ihrer Ermittlungen wird die Kommission ihre Meinungsausserung der Staatsanwaltschaft übermitteln. Die Kommission ist mit weitgehenden Vollmachten einschließlich des Rechtes, die Schuldigen verhaften zu lassen, ausgestattet worden.

Versammlung ehemaliger Beamten. Auf der am 4. d. M. stattgefundenen Versammlung der ehemaligen Angestellten der früheren Kreisämter und anderen Behörden wurde von den anwesenden Beamten jedes Kreisamtes aus ihrer Mitte ein Delegierter gewählt, die gemeinsam weiter berieten, während die übrigen Erschienenen den Saal verließen, nachdem sie ihrem Delegierten Namen und Wohnort genannt hatten. Die Beratung der Delegierten hatte die Gründung einer dreimonatigen Gehaltsnachzahlung zum Zwecke. Beschlossen wurde, daß jeder Delegierte bis nächsten Sonnabend eine Liste seiner Kollegen aufstelle und diese zu der höchstwahrscheinlich am Sonnabend, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Turnvereins "Polonia", Widzewskistraße 138, stattfindenden Delegierten-Versammlung mitbringen soll, auf der dann über die weiteren Schritte beraten werden wird. Die Liste der Delegierten liegt bei Herrn Terczak, Petrikauer Straße 277, und bei Herrn Agather, Narutowiczastraße 38, aus.

Jüdische Gemeinde. In der letzten Sitzung der jüdischen Gemeindeverwaltung wurde die Bilanz für November 1918, die in den Einnahmen 102,301 Mark und in den Ausgaben 91,899 Mark aufweist, bestätigt. Die verlesene Antwort des Magistrats auf das Gesuch der Gemeinde wegen Anschluß des jüdischen Friedhofs an das Straßenbahnnetz lautet dahin, daß der Wunsch nach der Verstaatlichung der Straßenbahn berücksichtigt werden wird. Das Ministerium für Arbeit und öffentliche Fürsorge soll erachtet werden, für die jüdischen Kriegsverletzten einen Vorschlag zu genehmigen. In der Angelegenheit der Einhaltung des Systems der Gemeindebeiträge soll dem Volkskommissar eine Deckschrift übermittelt werden.

Wirtschaftsterror. Gestern erschienen in der Fabrik von Silberstein die Arbeiter und verlangten die Auszahlung von Unterstützungen. Sie erhielten je 250 M. Auch in den Fabriken von Danziger und Kaschub und Schulz und Danziger terrorisierten die Arbeiter die Fabrikbesitzer. Überall schritt Polizei ein.

Ein Raubüberfall wurde am Sonntag um 4 Uhr nachmittags in der Wulcanstraße 181 bei dem Hausbesitzer Herrn Philipp Schmidt verübt. In seiner Wohnung erschienen drei bewaffnete Banditen, fesselten ihn und nahmen ihm 300 Mark ab. Sodann durchsuchten sie die Wohnung und raubten verschiedene Wertgegenstände.

Beim Verlassen der Wohnung sagten die Banditen, daß sie logisch den Wächter beauftragen werden, seinem Bruder von den Feinden zu befreien.

Kleine Nachrichten. Im Dezember vorigen Jahres wurde in den Ambulanzien Rat erteilt: im Ambulanzium des christlichen Wohltätigkeitsvereins an 1524 Kranken, im 1. städtischen Ambulanzium 2040, im 2. städtischen — 1105, im Ambulanzium beim Linas-Hochholz 3418, im Ambulanzium beim Poznansischen Hospital 2270. — Im Dezember vorigen Jahres wurden in den Lodzer Krankenhäusern behandelt: im Spital für innere Krankheiten (Karolstr. 28) 39, im Anna-Marien-Hospital 169, im städtischen Spital für chronische Leidende (Bafontnica) 44 138, im Hause der Barnbergszeit 105, in der Wöchnerinnenklinik des jüdischen Wohltätigkeitsvereins 91, im Spital für Schwangere (Drewnowskistraße 75) 205, im Marie-Magdalenen-Hospital 189, in der Klinik in der Podlesnicastr. — 103, im Spital in Chojn 98, im Spital der Chelehen-Poznanski 256, in der Wöchnerinnenklinik des israelitischen Wohltätigkeitsvereins 123, in der Heilanstalt "Rochanowska" 331, im Spital für ansteckende Krankheiten in Radogoszcz 359.

Bedeutender Diebstahl. Der Besitzer des Kintheaters "Luna", Herr Beme, wurde dieser Tage in seiner Wohnung (Petrikauer Str. 89) verschiedene Kleidungsstücke im Werte von 10 000 M. beraubt.

Theater und Konzerte.

Thalia-Theater.

Die "Hoflieferantin". Volksstück in 3 Akten von Leo Walter Stein. Musik von Hugo Hirsch.

Heute, wo den Frauen das Wahlrecht eingeräumt wird und sie sich immer mehr Arbeitsgebiete erobern, in denen vor wenigen Jahren der Mann noch die unumstrittene Herrschaft führte, ist das Stück unbedingt zeitgemäß. Clara Hartmann, die Seele eines Schuhwarengeschäfts, steht auf folgendem Standpunkt: Die Frau muß zart sein, die Frau muß hart sein; an der Frau muß was dran sein, die Frau muß ein Mann sein. Und dieser Typus einer neugezeitlichen Frau scheint dem "Schuhkönig" Schellmoser, dem Konkurrenten, mächtig zu imponieren, und er holt sie sich als Weibchen heim.

Die Aufführung des Stücks, das Hugo Hirsch mit einigen einschmeichelnden Melodien ausgeschmückt hat, ging unter Walter Wassermanns bewährter Leitung recht flott. Räte Schmidts war eine mehr harfe als zarte moderne Frau, doch war an ihrem Spiel „etwas dran“. Walter Wassermann gab den "Schuhkönig" vortrefflich wieder, auch Martha Bruns (Paula Hartmann) stand auf der Höhe ihrer Aufgabe. Eine gut gelungene Gestaltung hatte Martin Hollmann als Werkmeister Lanzinger und auch die übrigen Mitwirkenden verhalfen dem Stück zu einem schönen Erfolg.

Heute, abends 7 Uhr, wird die erfolgreiche Operette "Hoflieferantin" zum ersten Male wiederholt. Donnerstag, abends 7 Uhr, findet die sechste Wiederholung der lustigen Operette "Blüblaues Blut" statt.

Reitzalkonzert g. Smidowicz. Wir erinnern daran, daß am Donnerstag um 8 Uhr abends im Konzerthaus das Reitzalkonzert des bekannten Klaviervirtuosen Professor Josef Smidowicz stattfindet. Die noch verbliebenen wenigen Eintrittskarten sind in der Leibbücherei von A. Strauch, Zielnicastr. 12, zu haben.

Vereine und Versammlungen.

Im Adogoszcer Turnverein fand am Sonnabend abends 7 Uhr unter dem Vorsitz des stellvertretenden Vorsitzenden Herrn August Franz eine Monatsversammlung der Mitglieder statt. Nach Verlesung der Niederschrift über die letzte Monatsversammlung und Entgegennahme der Mitgliedsbeiträge wurden die Herren Oskar Hajek und Arthur Biel als aktive Mitglieder in den Verein aufgenommen. Nach Besprechung verschiedener innerer Angelegenheiten wurde die Sitzung um 9 Uhr geschlossen.

Linas-Hochholz. Am Montag fand eine Generalversammlung der Mitglieder des Vereins statt. In der Verwaltung wurden gewählt: die Herren: A. J. Salomonowicz (Vorsitzender), G. Hirschberg und L. Jafsa (Stellvertreter), M. Szpierer, M. Feltz, A. Perlmann, B. Raffel, L. Sendowski, Ch. Alewolski, Dr. Szypson, Dr. Schildkret, J. Brzezinski, W. Markuszfeld u. a.

Aus der Umgegend.

Vorwahlversammlungen.

Die von der Deutschen Volkspartei in Zgierz einberufene Versammlung fand im Bernerschen Fabrikssaal statt. Zu ihr waren gegen 600 Frauen und Männer erschienen. Sie wurde um 5 Uhr durch Herrn Artur Berndt eröffnet, der die Anwesenden begrüßte und auf die Notwendigkeit für die Landtagswahlen hincies. Herr Fiedler-Lodz erläuterte das aus 19 Punkten bestehende Programm der Deutschen Volks-Partei und forderte am Schluß seiner Aufführungen alle Deutschen in Stadt und Land auf, für die Liste der Partei zu stimmen, da diese Namen von Männern enthält, die die Nöte und Bedürfnisse der Deutschen in Polen kennen. Nachdem der Versammlungsleiter zur Besprechung der einzelnen Punkte des Programms aufgefordert hatte, ergriffen Oberlehrer Weigelt, Lück, Rückert u. a. das Wort. Man einigte sich schließlich darauf, eine Wahlkommission zu wählen, die aus folgenden Personen besteht: Julius Lück, Adolf Rückert, August Sitte, Adolf Lubnau, Alexander Krause, A. Berneder, W. Kudach, A. Niegel, G. Kudach, und Roman Weinell. — Um 7 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

